



2016 war das Jahr des Wechsels

Eutin – Die Silvesternacht an der Kölner Domplatte, die Ereignisse in der Hamburger Innenstadt und andere Ereignisse 2016 brachten einen anderen Blickwinkel auf das Thema „Innere Sicherheit und Polizei“. Die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern steuerten um: mehr Polizei, mehr gesetzliche Befugnisse, bessere Schutzausstattungen. Allein in Schleswig-Holstein wurden 454 Anwärtinnen und Anwärter in Altenholz und Eutin neu eingestellt. Das sind deutlich mehr als Beamtinnen und Beamte 2018 in den Ruhestand treten werden. Somit trägt das Land dem geänderten Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung. Das spiegelt sich in dem am 22. Dezember 2016 veröffentlichten Bericht der Werbe- und Einstellungsstelle (WuE-Stelle) in Eutin wider.

Von Bewerberrückgang kann im Berichtsjahr nicht gesprochen werden. Insgesamt gab es 3395 Bewerbungen für beide Laufbahnen in Eutin. Horst Winter, Leiter der Werbe- und Einstellungsstelle, schreibt: „Die Durchführung des Jahrgangs 2016 war wohl das Schwierigste, was die WuE-Stelle in den vergangenen Jahren und auch ich persönlich seit meiner Übernahme der Dienststelle zu bewältigen hatten. Das Verfahren war bereits gestartet, als sich als Begleiterscheinung und Folge der Flüchtlingslage ein deutliches Mehr an Anwärtinnen und Anwärtern für den Polizeidienst in Schleswig-Holstein als neue Zielorientierung seitens der Landesregierung ergab.

Gleichwohl blieben die Bewerbungszahlen trotz des doppelten Abi-Jahrgangs in unserem Bundesland und trotz der deutlichen Reduzierung der bisherigen NC-Werte für Bewerberinnen und Bewerber zunächst auf dem Level der Vorjahre. Erst im Dezember – genauer: ab der 51. KW – gab es einen „Schwung“ von Eingängen im Rahmen der zweimal verlängerten Bewerbungsfrist. Dass ich in diesem Zusammenhang zu unrichtigen Prognosen gelangte und



Karl-Hermann Rehr

Foto: Gründemann

schließlich mehr Anwärterstellen als eigentlich vorgesehen zur Verfügung gestellt werden mussten, war für alle am Verfahren Beteiligten ausgesprochen unangenehm.“

Aber aus Sicht der GdP ist es falsch, hier von einer Panne zu sprechen. Es widerspricht auch nicht der politischen Zielsetzung, die Polizei personell zu stärken. Im Übrigen haben andere Länder, auch die Bundespolizei, ähnliche „Variablen“ erlebt. Das Stellenproblem ist unbürokratisch und praktisch gelöst worden. Der Run auf die immer weniger werdenden Bewerber muss auch in Zukunft für die Polizei „gewonnen werden“.

Von den 454 eingestellten Anwärtinnen und Anwärtern sind 168 Frauen. Das macht einen Frauenanteil von 37% aus und dieser liegt damit um 9,85% über dem Vorjahr. Von den Eingestellten kommen 85,68% aus Schleswig-Holstein. Dabei belegen die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und die Stadt Kiel die ersten drei Plätze. Niedersachsen (4,85%), Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen (je 2,20%) sind als Herkunft bei der Rubrik „andere Bundesländer“ angegeben.

16 Bewerberinnen und Bewerber wurden mit Migrationshintergrund eingestellt. Dabei sind die ursprünglichen Herkunftsländer ebenso bunt wie die Welt ist: Kamerun, Ukraine, Serbien, Russland, Portugal, Türkei, Algerien und Dänemark.

Für den Dienst in der Schutzpolizei sind für die mittlere Laufbahn 175 Frauen und Männer vorgesehen und einer für die Wasserschutzpolizei. Für den gehobenen Dienst sollen 159 Anwärtinnen und Anwärter für die Schutzpolizei, für die Kriminalpolizei 111 und vier für die Wasserschutzpolizei ausgebildet werden.

Insgesamt wurden für den (früheren) mittleren Polizeivollzugsdienst 180 und für den gehobenen 274 Anwärtinnen und Anwärter eingestellt. Auffällig auch 2016 ist, dass für den „mittleren Dienst“ 103 Anwärtinnen und Anwärter mit Abitur bzw. Fachhochschulreife ihren Dienst aufnahmen. Das sind 55,5%. 272 Anwärtinnen und Anwärter nahmen ihr Studium an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz auf. Die Gewerkschaft der Polizei erwartet, dass angesichts der vorliegenden Aufgaben der Personalzuwachs kontinuierlich fortgesetzt wird. Dabei sollte dringend geprüft werden, ob die 2016 zusätzlich 54 eingestellten Anwärter vom Ausbildungsstellenbudget 2017 tatsächlich abgezogen werden. Aus Sicht des Landesvorstandes wäre ein Abzug am Ende des Einstellungskorridors 2019 wesentlich sinnvoller und sichert somit den Personalersatz und die Stellenvermehrung durch geeignete Bewerberinnen und Bewerber. Denn jetzt sind die Bewerberzahlen noch konstant. Ob dies noch in den Folgejahren so sein wird, ist zweifelhaft.

Der Jahresbericht weist auf diese Gefahr bereits hin: „147 Bewerber/-innen, die unmittelbar vor der mündlichen Prüfung absagten und weitere 90 trotz erklärter Einstellungszusagen bilden einen neuen, wenn auch negativen Rekord.“

Karl-Hermann Rehr



Krankenquote: Entlastungsmaßnahmen müssen gefunden werden

Das steigende Durchschnittsalter bei der Polizei und die Zunahme der Fehlzeiten bilden eine beunruhigende Entwicklung ab. Beide Faktoren bedingen einander.

Unbestritten ist der Wechselschichtdienst die schwerste Dienstform. Jeden Tag haben die Beamten zu einer anderen Tageszeit Dienst. Allerdings: Mit knapp 120 000 Tagen Fehlzeiten ist hier ein bisher nicht gekannter Spitzenwert erreicht.

Von 2012 bis 2015 gibt es eine Steigerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten in Höhe von knapp 18%. Auch hier gilt die Faustregel: Je älter

der Personalkörper, desto mehr häufen sich Krankheitstage.

Die Landesregierung darf bei der Einstellung junger Beamtinnen und Beamten nicht lockerlassen. Das Bemühen um geeignete Kolleginnen und Kollegen muss im Vordergrund stehen. Das Durchschnittsalter muss gesenkt werden.

Die Landesregierung ist weiter aufgefordert, Entlastungsmaßnahmen zu finden und Arbeitsbedingungen zu

bieten, bei denen krank machende Faktoren deutlich reduziert werden.

Mit einer Krankheitsquote von ca. 10% liegt die Landespolizei über dem Durchschnitt, und das, obwohl es ein abgestuftes Krankmeldesystem gibt, das andere Verwaltungszweige nicht kennen: die eingeschränkte Dienstfähigkeit. Wäre die auch noch erfragt, sähen die Zahlen noch düsterer aus.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 3/2017:
Freitag, 3. Februar 2017



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

AUSSTATTUNG

Wärmebildkameras werden angeschafft

Innenminister nimmt Vorschlag der GdP auf

KIEL/sn – Nachdem Innenminister Stefan Studt im November die GdP-Landesvorstandssitzung in Westerrönfeld besucht hatte, sind dringend benötigte Wärmebildkameras ausgeliefert worden. Bei seinem Gespräch mit der GdP in Westerrönfeld hatte der Minister über das dringend erforderliche Strukturpaket für die Landespolizei berichtet. Überdies nahm sich der Minister auch Zeit, um mit den einzelnen Teilnehmern der Runde in einen Austausch zu kommen.

Dabei hatte Sven Neumann, Regionalgruppenvorsitzender Kiel-Plön, Studt darauf hingewiesen, dass zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität dringend die Ausstattung der einzelnen Polizeidirektionen mit Wärmebildkameras erforderlich sei. Diese

Geräte waren in der Vergangenheit nur bedingt verfügbar. Der Vorschlag wurde vom Innenminister mit Interesse zur Kenntnis genommen. Noch weit vor Ablauf der dunklen Jahreszeit und somit der Haupteinbruchszeit, sind Anfang Januar Wärmebildkameras an die Polizeidirektionen ausgeliefert worden und kommen zum Einsatz.

„Die Einbruchszahlen sind nach wie vor hoch. Mit den nun ausgelieferten Geräten wird eine noch bessere Bekämpfung der Einbruchskriminalität möglich sein“, freute sich Sven Neumann.

Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiter für die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine verbesserte Ausstattung der Landespolizei Schleswig-Holstein einsetzen.



Wärmebildkamera



Studt



Neumann



HINTERGRUND

Das Herz in einer Tasche

Oliver Malchows neues Leben – GdP-Bundesvorsitzender aus Eutin spricht erstmals über seinen schweren Schicksalsschlag – von Bastian Modrow, Kieler Nachrichten

Kiel – Oliver Malchow ist ein Mann der klaren Worte. Deutlich Stellung zu beziehen, Farbe zu bekennen, komplexe Sachverhalte zu analysieren und für Ziele zu kämpfen – das sind seine Stärken. Früher als Kripo-Beamter, seit 2013 als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Malchow stand mit beiden Beinen im Leben – bis zu dieser verhängnisvollen Nacht in einem Berliner Hotel, die dem Ostholsteiner beinahe das Leben gekostet hätte. Über seinen Infarkt und das künstliche Herz, das über einen Akku gespeist wird und den er heute in einer Tasche am Körper trägt, öffentlich zu sprechen, das fällt Malchow schwer. Zum einen ist das Erlebte etwas sehr Persönliches, zum anderen möchte der 53-Jährige nicht bemitleidet werden. Und doch spricht er jetzt. „Weil ich damit vielleicht anderen Menschen helfen kann.“ Für die Aktion „Leben retten!“ der Kieler Nachrichten bricht Malchow sein Schweigen, weil er selbst weiß, wie wichtig es ist, dass im Ernstfall die richtigen Maßnahmen ergriffen werden.

Es war die Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli vergangenen Jahres, kurz nach seinem Geburtstag.

Malchow war auf dem Sommerfest der CDU-Mittelstandsvereinigung gewesen, anschließend ins Hotel gefahren und in seinem Zimmer angekommen. Was er dort noch getan hat, was genau passierte, er weiß es heute nicht mehr. Er spürte nur, dass irgendetwas nicht stimmte, er sich plötzlich sehr schlecht fühlte. „Ich muss etwas gemerkt haben, sodass ich, wie ich später rekonstruiert habe, eine Kollegin angerufen habe, die meine ganzen Termine koordiniert und wusste, wo ich mich aufhalte.“ Das Telefonat dauerte nur wenige Augenblicke. Mit letzter Kraft rief Malchow um Hilfe. „Heute weiß ich, dass sie den Rettungsdienst alarmiert hat, der auch sehr schnell vor Ort war. Das hat mir das Leben gerettet.“ Die Diagnose des Notarztes war eindeutig: Herzinfarkt. „Sie haben mich sehr lange wiederbeleben müssen, fast eine Stunde lang. Und dann lag ich erst einmal zehn Tage im Koma.“ Es gab Komplikationen: „Ich hatte einen Totalausfall aller Organe.“ Freunden



Oliver Malchow im Interview.

Fotos (2): Gründemann

und Angehörigen wurde gesagt, die Überlebenschancen lägen bei nur 20 Prozent. Im Herzzentrum Berlin kämpften die Ärzte unermüdlich und rund um die Uhr um sein Leben. Mit Erfolg. Oliver Malchow lag mehrere Wochen auf der Intensivstation.

„Ich war ziemlich mitgenommen, habe mir aber gesagt: Oliver, du musst es schaffen. Das bist Du Deiner Familie und Deinen Freunden schuldig. Ob du es am Ende schaffst, auch den beruflichen Anforderungen gerecht zu werden, entscheiden nachher andere. Mein Wille war aber so groß, dass ich den ganzen Sch... hingekriegt habe.“ Die Ärzte hätten gesagt: „Herr Malchow, Ihr Leben ändert sich. Wenn Sie zu Hause aus dem Fenster gucken und die Sonne auf- und untergehen sehen können, dann freuen sie sich.“ Damals wie heute sagt der zweifache Familienvater: „Das war keine Perspektive für mich.“ Er kämpfte sich zurück ins Leben, musste Dinge, die vor dem Infarkt selbstverständlich

gewesen waren, wieder neu erlernen. Vor allem aber musste er lernen, mit dem Implantat zu leben – „einer am Herzen angebrachten Kreispumpe, die die Pumpleistung des Herzens ergänzt beziehungsweise ersetzt“, erklärt Malchow. Rund um die Uhr muss das Gerät mit Strom versorgt werden, gespeist durch Akkus und ein Steuergerät für Pumpleistung und Blutfluss. „Dieses künstliche Herz trage ich in einer Umhängetasche mit mir“, sagt er. Nach nur sechs Monaten, Anfang 2016, kehrte Malchow an seinen alten Posten in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei zurück. „Ich wollte es versuchen“, sagt er und zieht Bilanz: „Es lief viel besser, als ich und viele gedacht haben.“ Malchow hat es sich bewiesen, sein Ziel erreicht. Den strapaziösen Job zwischen Tarifverhandlungen hier und TV-Talkshows dort will er trotzdem nicht aufgeben. „Weil ich viel um die Ohren haben muss, um nicht hieran zu denken“, sagt er und klopft gegen das Gerät, das ihn am Leben hält. „Das ist auch ein Stück weit Therapie. Ab und zu vergesse ich das Kunstherz, den Kasten.“ Bei Fernsichtungen hätten Journalisten



„Ein neues Herz“ lautete das Motto des Neujahrgottesdienstes in der Dresdner Frauenkirche. Oliver Malchow war einer von drei Rednern und sprach Worte, die Eindruck und nachdenklich machten.

schon mal gefragt, ob er die Tasche kurz abnehmen könne. „Ich antworte dann meist mit einem Scherz, um den Fragenden die peinliche Situation zu ersparen. Das entspannt dann beide Seiten.“ Für den Augenblick hat er sich mit dem neuen Leben mit

Fortsetzung auf Seite 4



HINTERGRUND

Fortsetzung von Seite 3

dem „Kasten“ arrangiert, so gut es geht. Dass ihm aber früher oder später ein großer Eingriff bevorsteht, weiß er. „Mindestens zwei bis drei Jahre dauert es nach dem Infarkt, bis ich ein Spenderherz bekommen kann.“ Das hat weniger medizinische als materielle und organisatori-

sche Gründe: „Zum einen ist die Bereitschaft zur Organspende in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen, sodass die international organisierte Verteilung von Organen länger dauert, zum anderen stehe ich auf keiner Akutliste.“ Was bleibt, das ist die Frage nach dem Warum. Malchow war immer sportlich, hatte sich ge-

sund ernährt. Auch ein verschleppter Infarkt war es nicht, der seinem Herzen zusetzte. „Natürlich habe ich überall gefragt, ob ich mich vor dem Infarkt merkwürdig verhalten oder über Schmerzen geklagt hatte, aber das haben alle verneint.“ Entscheidend ist: Er lebt – und das bewusster denn je. „Und ich weiß, dass ich unbeschreibliches Glück gehabt habe.“

SEELSORGER

Wenn Polizisten selbst Hilfe benötigen

Volker Struve ist seit drei Jahren Polizeiseelsorger – von Thomas Gründemann

Eutin/Kiel – Der Umgang mit dem Tod und entsetzlichen Bildern sowie das Erleben unterschiedlichster Gewaltformen und menschlichen Leids gehören zum beruflichen Alltag von Polizisten. Zur psychischen Betreuung von traumatisierten oder schwer belasteten Einsatzkräften setzt die Landespolizei in Schleswig-Holstein auf Seelsorger Volker Struve. Der Pastor stand Anfang Dezember nach dem tödlichen Brandanschlag auf Delali Assigbley in Kiel-Kronshagen auch den Einsatzkräften betreuend zur Seite und besuchte gemeinsam mit Vertretern der GdP die Polizeieinheiten bei der OSZE-Konferenz in Hamburg.

Vor drei Jahren trat Volker Struve die Nachfolger von Susanne Hansen an, die nach 17 Jahren Pfarrstellen in Altholstein annahm. „Polizeiseelsorger ist mein Traumberuf. Ich habe meinen Entschluss auch nie bereut, die Stelle im Februar 2014 zu übernehmen“, stellt der 46-Jährige fest. Volker Struve räumt aber ein, dass es manchmal Momente gebe, da fühle er sich in der Polizei wie auf einem anderen Stern. Das werde Polizisten ab und zu wohl ähnlich so gehen, meint Struve. Die bisherige Zeit als Polizeiseelsorger beschreibt der Theologe als eine intensive und spannende Zeit, in der viele Kontakte und auch einige gute Beziehungen in der Polizei gewachsen seien. „Ich fühle mich mittlerweile gut in der Polizei angekommen und auch gut vernetzt“, unterstreicht er. Zu seinem Aufgabengebiet gehören vor allem die Seelsorge für die mehr als 8000 Mitarbeiter der Landespolizei, die Verantwortung für den berufsethischen Unterricht sowie die Besuche in Behörden, auf Dienststellen und die Kontaktpflege auf allen Ebenen. Er sei Ansprech-



Polizeiseelsorger Volker Struve
Fotos (2): Gründemann

partner für alle Polizeibesetzten, und das unabhängig von deren konfessionellen oder weltanschaulichen Bindung, unterstreicht Volker Struve. Auch das Seminarprogramm des Kirchlichen Dienstes der Landespolizei wer-

de von ihm maßgeblich gestaltet. Ergänzt werde sein Tätigkeitsfeld durch einen engen Austausch mit den Berufsethik-Fachlehrern und der Arbeit im Beirat der Polizeiseelsorge, dessen Aufgabe es ist, die Arbeit des Kirchlichen Dienstes in der Polizei zu unterstützen und zu fördern. Und Volker Struve hat vielfältige Berufserfahrung, war vorher als Kur- und Urlaubsseelsorger sowie Gemeindepastor tätig. Es sei aber schon etwas anderes, in so einer großen Fläche als Pastor zu arbeiten, denn als Polizeiseelsorger sei er für die Polizei in ganz Schleswig-Holstein verantwortlich. „Ich bin häufig in Eutin in der Ausbildung tätig, aber ebenso oft auch im gesamten Land unterwegs. Es gibt kaum Routine, sondern ein mannigfaltiges Aufgabengebiet“, erklärt der evangelische Theologe. Im vergangenen Jahr war Struve auch im Bereich der Flüchtlingsarbeit der Polizei im Einsatz oder bringt sein Wissen in der Ausbildung zum Überbringen von To-



Volker Struve bei der OSZE-Konferenz im Gespräch mit Einsatzkräften.



SEELSORGER

desnachrichten ein. „Es ist für viele Polizisten sehr hilfreich, mit mir einen Ansprechpartner zu haben, der zwar mit den polizeilichen Strukturen vertraut ist, aber dennoch außerhalb der Organisation steht“, berichtet der in Kiel lebende Pastor. Als Seelsorger habe er einen besonderen Blick auf die Polizei und deren Arbeit, die er als „kritische Verbundenheit“ bezeichnet. Dieser „andere Blick“ könne oft hilfreich sein, wenn er gewünscht werde, unterstreicht Struve.

Fällt es Polizisten schwer, über ihre Probleme zu reden? „Als ich bei der Polizei angefangen habe, hätte ich mit mehr Widerstand oder Vorbehalten gerechnet. Aber grundsätzlich fällt es Menschen in helfenden Berufen offenbar schwerer, selber Hilfe in Anspruch zu nehmen. Anderen zu helfen, und selber in manchen Krisen hilflos zu sein, macht den Polizistinnen und Polizisten oft am meisten zu schaffen. Dennoch gibt es viele von ihnen, die mich als Gesprächspartner aufsuchen“, berichtet Volker Struve. Dazu gehörten in Einzelfällen auch private Krisen genauso wie Konflikte mit Kollegen oder Vorgesetzten. Als Polizeiseelsorger nähmen ihn auch Projekte in Anspruch, für

die er eine wesentlich längere Vorbereitungszeit benötige als früher. Dazu gehörten unter anderem Verteidigungsgottesdienste oder die Treffen zwischen Kirchenleitung und Polizeiführung. „Ich fühle mich wesentlich besser vernetzt als in meiner vorherigen Tätigkeit“, sagt Struve. Eine gute Kooperation gebe es zwischen ihm und den psychologischen Betreuern in der Polizei. „Die ist auch immens wichtig. Wir tauschen uns aus. Da muss die Chemie auch stimmen“, macht Volker Struve klar. „Vor meiner Tätigkeit als Polizeiseelsorger hatte ich oft ein schlechtes Gewissen, wenn ich einen Streifenwagen gesehen habe. Das ist mittlerweile vorbei“, sagt Struve lächelnd. Vielmehr denke er in solchen Situationen: „Ach, wieder ein, zwei von meinen Schäfchen – wer mag da wohl gerade unterwegs sein?“ Es lohne sich auf jeden Fall, hinter die Uniform zu sehen und sich mit den einzelnen Menschen zu beschäftigen, dann würden auch Vorurteile verschwinden, ist der Theologe überzeugt. Umgekehrt gelte allerdings: Je menschlicher sich eine Polizei beziehungsweise ein Polizist zeige, desto besser könne Vorurteilen entgegen gewirkt werden. „Als Polizeiseelsorger ist

es besonders wichtig, ein wenig mehr wie ein Polizist zu denken und zu handeln, aber dennoch immer Pastor zu bleiben“, sagt Volker Struve. Und die Möglichkeit, sich im vertrauten Austausch mit dem Polizeipastor Belastendes von der Seele zu reden, würde zunehmend genutzt, auch von Führungskräften, berichtet Struve.

Und wenn er sich als Polizeiseelsorger im Land um seine „Schäfchen“ kümmere, habe er stets einige silberne Schlüsselanhänger bei sich, die einen Schutzengel abbilden, auf dessen Rückseite seine Handynummer eingraviert sei. „Diese sollen einerseits als Glücksbringer für die Polizisten sein. Andererseits hoffe ich, dass mich dann Betroffene eher mal anrufen, falls sie mich mal brauchen“, so Volker Struve.

„Keiner kann zwei Herren dienen ...“ heißt es in der Bibel (Matth. 6,24) – wer ist für ihn ausschlaggebend und hat das letzte Wort, der Innenminister oder der Bischof? Volker Struve lacht, überlegt und antwortet salomonisch: „Auch wenn das jetzt ein bisschen pathetisch klingt: Aber ausschlaggebend ist für mich das Evangelium, und Gott hat das letzte Wort!“

HUPF

Polizeispende für verletzte Kollegen:

PD AFB überreicht Polizeihilfsfonds 1.274 Euro

Eutin – Große Freude beim „Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not“ (HUPF): In den Räumlichkeiten der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Eutin (PD AFB) erhielt der auf Initiative der GdP bereits im Jahre 2001 gegründete gemeinnützige Verein einen Spendenbetrag in Höhe von 1.274 Euro. Michael Wilksen, Chef der PD AFB, überreichte den Scheck an den HUPF-Vorsitzenden und ehemaligen Innenminister Klaus Schlie. Bei der Spende handelt es sich um den Erlös einer Sammlungsaktion, die – wie in den vergangenen Jahren – in der Adventszeit bei den Mitarbeitern der PD AFB erfolgte. „Polizisten sind in ihrem beruflichen Alltag zunehmend Gewalt, Bedrohungen und schlimmsten Beleidigungen ausgesetzt. Die Spende ist eine bemerkenswertes Zeichen

der Verbundenheit mit Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen einer dienstlichen Handlung verletzt worden sind“, lobte der HUPF-Vorsitzende und Landtagspräsident die Aktion. Anerkennende Worte für den Polizeihilfsfonds fand Michael Wilksen. „Das Spendengeld ist beim HUPF gut angelegt. Wir haben uns

bewusst hierfür entschieden, weil es Kolleginnen und Kollegen zugutekommt, die im Dienst weniger Glück gehabt haben“, stellte Michael Wilksen fest. Alle Organisationseinheiten, auch die Auszubildenden, hätten sich beteiligt, sagte der Leitende Polizeidirektor, der seit September an der Spitze der PD AFB steht. **tg**



Michael Wilksen (r.) überreichte dem HUPF-Vorsitzenden Klaus Schlie den Spendenscheck.

Foto: Gründemann



Typische Fallstricke beim Berliner Testament

Schleswig-Holsteinische Notarkammer. Es ist einfach zu errichten und sichert Ehepaare oder Paare einer eingetragenen Lebenspartnerschaft finanziell ab: Beim Berliner Testament setzen sich die Ehepartner gegenseitig zu Alleinerben ein. Kinder, Verwandte und Dritte erben erst, wenn der zweite Ehegatte verstorben ist. So beliebt die Testamentsform ist – beim näheren Betrachten ist die tückisch und nicht für jede Familie geeignet. Wer sich für das gemeinsame Testament entscheidet, sollte unbedingt Vorkehrungen treffen. Sollten die Ehepartner die gemeinsamen Kinder zu Schlusserben einsetzen, werden die Kinder zunächst von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen. Allerdings behalten die Kinder ihren Anspruch auf den Pflichtteil. Diesen können sie verlangen, wenn ein Elternteil stirbt. Das kann den län-

ger lebenden Ehepartner unter Umständen in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen, denn er muss die Kinder in bar auszahlen. Verhindert werden kann dies durch eine Strafklausel, die besagt: Verlangen die Kinder nach dem Tod des ersten Elternteils ihren Pflichtteil, erhalten sie beim Tod des zweiten auch nur den Pflichtteil. Damit kann man die Nachkömmlinge oftmals dazu bewegen, auf den Pflichtteil beim Tod des ersten Elternteils zu verzichten. Sicher verhindert kann das Verlangen des Pflichtteils allerdings nur durch einen Pflichtteilsverzicht der Kinder gegenüber dem erstverstorbenen Elternteil.

Steuerfrei erben:

Gilt die gesetzliche Erbfolge, kann jedes Kind nach dem Tod des Vaters

und nach dem Tod der Mutter jeweils 400 000 Euro steuerfrei erben. Beim Berliner Testament bleibt der Steuervorteil der Kinder allerdings ungenutzt und fällt damit weg. Der Grund: Stirbt der zweite Elternteil, fällt das gesamte Erbe auf einmal an das Kind. Sollte der Nachlasswert höher als 400 000 Euro sein, muss das Kind Erbschaftssteuer zahlen. Noch teurer kann es werden, wenn der Schlusserbe nur mit dem Erstverstorbenen verwandt ist.

Wer sich im Vorfeld von einem Notar zu diesem Thema beraten lassen möchte, findet im Internet unter www.notar.de den richtigen Ansprechpartner.

**Quelle: Ostseepark Journal
Januar 2017**





Neuseeland – auf den Spuren der Hobbits

23. Oktober bis 10. November 2017

ab
€ 5.495

PSW-Sondergruppenreise

Es gibt viele Gründe, Neuseeland zu bereisen! Atemberaubende Landschaften wie das Fjordland und das alpine Hochgebirge. Eine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt. Die faszinierende Kultur der Maori.

Preis pro Person
im Doppelzimmer **ab 5.495,- €**
EZ-Zuschlag **1.030,- €**

Optionale Leistungen ohne Reiseleitung
(keine Mindestteilnehmerzahl)
Dart River Jetboat Safari (8. Tag) **150,- €**
Hangi & Concert (14. Tag) **85,- €**

Badeverlängerung Bali im Mercure Resort Sanur
p. P. im Doppelzimmer **ab 865,- €**
EZ-Zuschlag **345,- €**

Reiseverlauf

- 1. Tag Zug zum Flug zum Flughafen Frankfurt, Flug nach Singapur
- 2. Tag Singapur
- 3. Tag Singapur – Christchurch
- 4. bis 8. Tag Christchurch – Dunedin – Te Anau – Milford Sound – Queenstown
- 9. bis 10. Tag Queenstown – Fox Gletscher – Greymouth
- 11. bis 17. Tag Nelson – Wellington – Rotorua – Auckland
- 18. Tag Heimreise oder Badeverlängerung Bali im Mercure Resort Sanur

Leistungen, die überzeugen

- Zug zum Flug 2. Klasse
- Flüge mit Singapore Airlines von Frankfurt über Singapur (Stopover) nach Christchurch und zurück von Auckland über Singapur nach Frankfurt in der Economy-Class
- Luftverkehrssteuern, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- 15 Übernachtungen in Mittelklassehotels
- 15 x Frühstück, 1 x Mittagessen, 1 x Abendessen
- Transfers, Besichtigungen und Überlandfahrten in Neuseeland
- Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren (ca. 590 € p.P.)
- Deutsch sprechende Reiseleitung in Singapur
- Örtlicher, Deutsch sprechender Guide plus Englisch sprechender Fahrer
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseleiteratur
- PSW-Reisebegleitung

Badeverlängerung Bali

- Flüge mit Singapore Airlines von Singapur nach Bali und zurück in der Economy-Class
- Aktuelle Kerosinzuschläge, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- 5 Übernachtungen im Mercure Resort Sanur
- 5 x Frühstück
- Transfers Flughafen – Hotel – Flughafen

Nicht inkludierte Leistungen

- Persönliche Ausgaben und Trinkgelder
- Versicherungen
- Nicht aufgeführte Mahlzeiten und Getränke zu den Mahlzeiten



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Hinweis:
Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel.
Mindestteilnehmerzahl für die Gruppenreise: 20 Personen. Badeverlängerung Bali: 2 Personen.
Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit.
Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten

Und was sonst noch so war ...

12. Dezember

Um 15 Uhr treffen wir uns im Innenministerium mit dem Personalreferenten Jürgen Anhalt, seinen Mitarbeitern und Kollegen Frank Ritter und Gunnar Mess. Torsten Jäger, Susanne Rieckhof und ich hören uns die Überlegungen des Ministeriums für eine Neufassung/Überarbeitung der Beurteilungsrichtlinien an. Ziel des Ministeriums ist es, bei Beförderungsentscheidungen auflösbar Konkurrenz mit diesen Beurteilungsrichtlinien zu bekommen, damit nicht sachfremde Kriterien herangezogen werden müssen. So sollen die Bewertungsstufen erweitert werden. Bereits im Frühjahr ist das Inkrafttreten geplant.

13. Dezember

Um 16.00 Uhr sitze ich bei der Vorstandssitzung der Freunde der Polizei. Dieser Verein kann Spenden für die Arbeit der Polizei entgegennehmen und verteilen. Er wurde 1998 auf Initiative des damaligen Innenministers, Wienholtz gegründet und sollte dafür sorgen, dass Sachspenden und Gelder für die Arbeiten der Polizei, die außerhalb des öffentlichen Auftrages liegen, entgegengenommen und verwendet werden. Vorsitzende

ist die Landtagsabgeordnete Astrid Damerow. Heute geht es um die Verwendung einer Erbschaft: Eine Erblasserin aus Preetz hat Polizei und Feuerwehr knapp 180 000 € hinterlassen, die von einer Stiftung verwaltet werden.

14. Dezember

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius hat der hannoverschen Polizeiinspektion Mitte die ersten der Körperkameras übergeben. Diese Polizeibehörde führt den in Niedersachsen beschlossenen Modellversuch durch. Dietmar Schilf, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks, wies darauf hin, dass die Erfahrung aus Hessen, wo sie schon länger mit Kameras im Streifendienst gearbeitet haben, gute Ergebnisse nach sich gezogen haben und die Gewalt gegen Polizeibeamte reduziert werden konnte.

20. Dezember

Das Thema „Kleiner Waffenschein“ schwappt in der öffentlichen Diskussion hoch. Die Zahl der Neuanträge ist sprunghaft – um rund 600% – angestiegen. Erleichtert wird den Antragstellern der Weg für diese Erlaubnis durch ein Onlineverfahren, das

mit vier Klicks zu dem ersehnten Papier führt. Wir halten dies für eine bedenkliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Schreckschusswaffen. Sie sind echten Waffen so ähnlich wie möglich nachempfunden und werden so produziert, dass man sie für reale Waffen hält. In mehreren Pressegesprächen weisen wir darauf hin, dass dies zu nicht wieder umkehrbaren Verwechslungen führen kann: Mehr Waffen, mehr Missbrauch. Wir verlangen, dass der Onlineweg so schnell wie möglich beendet wird und sich die zuständigen Behörden ein Bild – auch durch Inaugenscheinnahme – von Antragstellerinnen und Antragstellern machen müssen.

21. Dezember

Die Schaffung einer Position „Polizeibeauftragte“ wurde bereits 2012 auf Drängen der Grünen im Koalitionsvertrag festgelegt. Die haushaltsrechtlichen und gesetzlichen Voraussetzungen schaffte der Landtag im Frühsommer 2016. Am 1. Oktober nahm Samiah El Samadoni ihre Tätigkeit auf. Frau El Samadoni ist Bürgerbeauftragte und nunmehr in Zugleichfunktion auch Polizeibeauftragte. Heute findet ein Kennenlerngespräch zwischen Frau Samiah El Samadoni und ihren Mitarbeiterinnen Heide von Petersdorff und Anja Fritzler-Klatt statt. Vonseiten der GdP nehmen Torsten Jäger, Andreas Kropius und Karl-Hermann Rehr teil.

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte

Informationsveranstaltung zum Thema „Pflegerstärkungsgesetz II“ am Montag, 13. Februar 2017, 17 Uhr, Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg. Referentin: Frau Ute Brinkop, Compass Private Pflegeberatung. Gäste sind herzlich willkommen!

Segeberg-Pinneberg

Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 2. März 2017, ab 13 Uhr

- Programm:
- 13 Uhr gemeinsames Essen
 - 14 Uhr Mitgliederversammlung
- Wahl eines Stellvertretenden Vorsitzenden, des Schriftführers und seines Stellvertreters
- Geschäftsbericht
- Ehrungen
 - 16 Uhr

Öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema:

Wohnungseinbruchdiebstahl / Alltagsaufgaben - hechelt die Polizei hinterher? Teilnehmer: Axel Bernstein (CDU), Beate Raudies (SPD), Burkhard Peters (B90/Die GRÜNEN), Lars Harms (SSW), Dr. Bernd Buchholz (FDP), Wolfgang Dudda (Piraten), Torsten Jäger, Geschäftsführender Landesvorsitzender der GdP.

WASSERSCHUTZPOLIZEI

Maritimes Symposium

„Sicherheit auf Wasser und an Küsten“

am 6. April 2017 ab 10 Uhr im Elbforum Brunsbüttel. Schirmherr: Professor Dr. Mojib Latif

Organisator: GdP-Fachausschuss Wasserschutzpolizei

Näheres in der nächsten Ausgabe des DP-Landesjournals

